MOTIVALLIANZ PFLEGE

Gemeinsame Vorschläge der Allianzpartner zum Thema Pflege für die Gesetzgebungsperiode 2019-2024

Pflege und Betreuung zählen zu den größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Österreich diskutiert seit Jahren die Notwendigkeit einer Pflegereform. Es ist höchst an der Zeit, diese endlich grundlegend in Angriff zu nehmen und zügig umzusetzen. Wer die Herausforderungen in der Pflege und Betreuung ernst nimmt und insbesondere auch die Belastungen pflegender Angehöriger anerkennt, muss in die Zukunft der professionellen Langzeitpflege investieren.

Die Partner der **motiv.allianz.pflege** haben sich zusammengefunden, um der professionellen Langzeitpflege eine Stimme zu verleihen und einen kompetenten Beitrag zur zukunftsfähigen Gestaltung dieses Sektors in Österreich zu leisten. Wir bieten unsere Expertise an, weil wir überzeugt sind, dass eine nachhaltige Pflegereform nur durch das Zusammenwirken aller relevanten Kräfte in der Langzeitpflege gelingen kann.

Anlässlich der derzeit laufenden Verhandlungen über die Regierungsbildung für die Gesetzgebungsperiode 2019-2024 schlagen die Allianzpartner folgende Punkte vor:

1. **Die dringend notwendige Pflegereform soll in einem strukturierten Prozess unter Einbindung der relevanten Stakeholder und ExpertInnen erarbeitet werden.**

   Dabei sollen neben Fragen der Organisation und Finanzierung auch grundsätzliche Fragen wie das Leistungsversprechen des öffentlichen österreichischen Pflegesystems und die Definition von Pflegequalität in allen Settings behandelt werden.

2. **In einem ersten Schritt muss mit kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen Problemdruck aus dem System – insbesondere im Hinblick auf die Pflege- und Betreuungskräfte – genommen werden.**

   Da eine seriös vorbereitete nachhaltige Pflegereform - auch angesichts der zahlreichen Systempartner - Zeit brauchen wird, zahlreiche Probleme aber bereits jetzt bestehen, sind kurzfristig umsetzbare Maßnahmen nötig. Im Mittelpunkt dabei steht der drängende Personalmangel, der andere Belastungsfaktoren (erhöhter Arbeitsdruck, Notwendigkeit des Einspringens in geplanter Freizeit etc.) nach sich zieht.

   - Übernahme von Tätigkeiten außerhalb der Kernkompetenzen der Pflege- und Sozialbetreuungsberufe durch andere Berufsgruppen (Küche, Technik, Reinigung, Administration aber auch Sozialarbeit, therapeutische Berufe etc.) und verstärkter Einsatz dieser Berufe zusätzlich zum bestehenden Personalstand

   - Anpassung der Personalschlüssel in den jeweiligen Landesverordnungen und gesetzlichen Regelungen und deren Finanzierung an die realen Herausforderungen und Belastungssituationen (z.B. Nachtdienstregelungen)

- Analyse bestehender Potentiale (z.B. Aufstockung der Stundenverpflichtung von Teilzeitkräften, Rückgewinnung ausgestiegener registrierter Pflegekräfte in den Beruf)

- Entlastung der MitarbeiterInnen von bürokratischen Tätigkeiten, u.a. auch durch den gezielten Einsatz technischer Hilfsmittel

3. **Die Wege in die Pflege- und Sozialbetreuungsberufe müssen attraktiver und ausgebaut werden.**
   Dass es in den nächsten Jahren einen verstärkten Personalbedarf im Bereich Pflege geben wird, ist unbestritten. Es wird mehr pflegebedürftige Menschen geben, viele Pflegekräfte erreichen das Pensionsalter. Das österreichische Ausbildungssystem weist Lücken und Schwächen auf, die derzeit verhindern, dass das vorhandene Potential tatsächlich ausgeschöpft wird.

   - Ausbau und nachhaltige Finanzierung der Ausbildungskapazitäten und -plätze

   - „Lückenschluss" von der Pflichtschule in den Pflegeberuf (insbes. durch BHS- und sonstige Ausbildungsmodelle)

   - Sicherstellung von kostenlosen Ausbildungen für die künftigen Angehörigen der Pflege- und Sozialbetreuungsberufe (auch im Fachhochschulbereich)

   - Unterstützung bei den Lebenshaltungskosten, insbesondere für Menschen, die Ausbildungen zu Pflege- bzw. Sozialbetreuungsberufen im zweiten Bildungsweg machen

4. **Es muss ein wirkungsvolles Steuerungsinstrument für die Pflege in Österreich geschaffen werden.**
   Durch die Zersplitterung der Kompetenzen gibt es in Österreich derzeit keine Institution, die für das Thema Pflege hauptverantwortlich zeichnet und die Entwicklung in diesem Bereich vorantreibt. Bei der Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumente liegt die Herausforderung darin, Wege zu finden, wie die individuelle Wahlfreiheit mit den vorhandenen Ressourcen (Personal, öffentliche Mittel) bestmöglich in Einklang gebracht werden kann.

   - Etablierung einer für die Koordination, Steuerung, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Pflege in Österreich hauptverantwortlichen Institution (Pflegefonds, Versicherung, …)

   - Erhöhung der Transparenz für alle Beteiligten hinsichtlich von Kostensätzen, Abgeltungen, Tagsätzen etc.

   - Abbau der starken regionalen Unterschiede im Pflegesystem

   - Evaluierung des Pflegegeldsystems im Hinblick auf seine zentrale Bedeutung bei der Steuerung, vor allem eine Verbesserung bei der Validität der Pflegebedarfsfeststellung insb. in Hinblick auf die Berücksichtigung dementieller und gerontopsychiatrischer Beeinträchtigungen

   - Integrierte Versorgung, wobei das Langzeitpflegesystem und das Gesundheitswesen gesamtheitlich betrachtet werden sollten (z.B. bessere medizinische Versorgung in allen Settings der Langzeitpflege, Reduktion vermeidbarer Krankenhausaufnahmen betreuungs-

und pflegebedürftiger Menschen, Synergien von mobilen Diensten und Primärversorgung, Integration von Hospiz und Palliative Care-Leistungen in allen Settings).

5. **Die Finanzierung der Betreuung und Pflege in Österreich muss nachhaltig sichergestellt werden.**
   Allein die absehbare demografische Entwicklung führt zwangsläufig zu einem finanziellen Mehrbedarf für den Bereich Pflege und Betreuung. Dazu kommen ein möglicher Rückgang der Angehörigenpflege, notwendige Qualitätsverbesserungen und zusätzliche Mittel, um (noch) mehr Menschen für die Pflegeberufe zu gewinnen und dort halten zu können. Diese Finanzierung sollte strukturell über mehrere Jahre abgesichert werden.

- Deckung des demografisch bedingten finanziellen Mehrbedarfs
- Deckung des strukturell bedingten Mehrbedarfs (z.B. durch Veränderungen in den Bereichen Angehörigenpflege, Mobilität etc.)
- Sicherstellung von Mitteln für die Attraktivierung der Berufsfelder und den Ausbau von Ausbildungsplätzen
- Sicherstellung der Mittel für einen Ausbau und qualitative Verbesserungen des Versorgungsangebots für Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörige
- Schaffung eines nachhaltigen, mittel- und langfristig verlässlichen Finanzierungssystems
- Schaffung von Anreizen für die sinnvolle Kooperation von Langzeitpflegesystem und Gesundheitswesen

Wien, 09.12.2019

Für Rückfragen: Mag. Walter Marschitz, BA
Geschäftsführer
Sozialwirtschaft Österreich – SWÖ
Apollogasse 4/8
1070 Wien
Walter.marschitz@swoe.at

Markus Mattersberger, MMSc MBA
Präsident
Lebenswelt Heim - Bundesverband
Franz-Josefs-Kai 5/Top 11
1010 Wien
markus.mattersberger@lebensweltheim.at

Ursula Frohner
Präsidentin
Österreichischer Gesundheits- und Krankenpflegeverband - ÖGKV
Wilhelminenstraße 91/IIe
1160 Wien
ursula.frohner@oegkv.at

Mag. Silvia Rosoli
Abteilungsleiterin
AK Wien - Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik
Prinz Eugen Straße 20-22
1040 Wien
silvia.rosoli@akwien.at

Josef Zellhofer
Bundesvorsitzender
ÖGB ARGE Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe
Schottenfeldgasse 24
1070 Wien
josef.zellhofer@oegbfgv.at

Österreichischer Gesundheits- und Krankenpflegeverband

AK WIEN

Lebenswelt heim Bundesverband

Sozialwirtschaft Österreich

ÖGB ARGE FGV für Gesundheits- und Sozialberufe